

Jugend & Familie

Ausgabe März 2020 / Nr. 3

Arbeitsgruppe «Jugend und Familie», Postfach 4053, 8021 Zürich



Rund 120 Mütter und Väter kinderreicher Familien versammelten sich am 25. Januar im Bundeshaus in Bern zum jährlichen Eltern- und Kadertreffen unserer Interessengemeinschaft «IG Familie 3plus». Im Zentrum der Diskussionen standen mögliche Massnahmen zur Stärkung der Familien in unserem Land.

Wir dürfen nicht aufgeben!

Gegenwärtig bläst den Familien – vor allem den kinderreichen Familien – ein kalter Wind ins Gesicht. Der Widerstand gegen die traditionelle Familie ist einerseits ideologisch begründet. Andererseits kommen viele auch materiell immer stärker unter Druck.

Nicht zuletzt obrigkeitliche Eingriffe sind es, die vielen Familien das Leben schwer machen, wie etwa ständig wachsende Gebühren, Steuern und Prämien. Aber auch das Wohnen wird fast unbezahlbar und im Erziehungswesen greift der Staat immer tiefer in den Verantwortungsbereich der Familie ein (der obligatorische Sexualunterricht lässt grüssen...). Sich hiergegen zu wehren, wird immer aufwändiger und braucht viel Energie.

Keine Steuererleichterungen für Familien

Erstaunlicherweise ist es ausgerechnet die Linke, die selbst kleine Erleichterungen für Familien gezielt ausbremst. Ein Beispiel ist die Erhöhung der Kinderabzüge bei den Bundessteuern.

Im Parlament waren ursprünglich nur höhere Steuerabzüge für die externe Kinderbetreuung anvisiert (Kinderdrittbetreuungskosten). Diese sollten von heute 10'100 auf 25'000 Franken pro Kind erhöht werden. Die Idee war es, mehr Mütter ins Erwerbsleben zu

nötigen. Massiv benachteiligt würden damit aber jene Eltern, die ihre Kinder selbst betreuen. Verdienstvollerweise schlug deshalb Nationalrat Philipp Kutter (CVP/ZH) vor, parallel den allgemeinen Kinderabzug von 6'500 auf neu 10'000 Franken pro Kind zu erhöhen. Damit würden Eltern, die ihre Kinder selbst betreuen, mindestens teilweise kompensiert.

Linke erzwingt Referendum

Im Parlament war dieser Vorschlag umstritten. SP, Grüne und GLP lehnten ihn ab. SVP, CVP und BDP stimmten dafür. Die FDP war erst dagegen, wechselte dann aber ins Ja-Lager. Schliesslich wurde die Vorlage im Nationalrat mit 124 zu 55 Stimmen und im Ständerat mit 21 zu 20 Stimmen bei zwei Enthaltungen gutgeheissen. SP und Grüne ergriffen darauf das Referendum und reichten Mitte Januar die nötigen 50'000 Unterschriften ein.

Als Argument machen sie geltend, dass nur Reiche von solchen Steuerabzügen profitieren würden. Während die SP

Vorsicht geboten!

Liebe Leserin,
lieber Leser,

Mit 63,1% hat das Schweizer Stimmvolk am 9. Februar einer Ausdehnung der Antirassismus-Strafnorm auf die «sexuelle Orientierung» zugestimmt. Eine Annahme der Vorlage war zwar zu erwarten, aber nicht unbedingt in dieser Deutlichkeit.



Die Gründe hierfür lagen wahrscheinlich einerseits in der massiven Propagandawelle vor allem der Staatsmedien, andererseits in den manipulativen Informationen des Bundesrates. Auch war es schwierig gegen eine Vorlage anzutreten, die dem «Schutz» angeblich «verfolgter Homosexueller» dienen soll.

Die Ausweitung von Art.261^{bis} StGB muss für uns Anlass zu grosser Vorsicht sein. Unter das Strafrecht fällt nämlich neu, «wer öffentlich Ideologien verbreitet, die auf die systematische Herabsetzung» einer sexuellen Orientierung gerichtet sind. Die Begriffe «Ideologien» und «systematische Herabsetzung» sind rechtlich äusserst unklar. Wer sich künftig noch kritisch zum Genderismus oder zur «Ehe für alle» äussert, begibt sich deshalb auf ein gefährliches, strafrechtliches Terrain.

Betreffend derartige Themen werden wir uns deshalb künftig grösste Zurückhaltung auferlegen müssen. Wir bedauern sehr, dass eine unvoreingenommene Auseinandersetzung mit solchen Fragen somit nicht mehr möglich ist. Mit unserem Referendum gegen die Ausweitung von Art.261^{bis} StGB haben wir getan, was wir konnten. Nachträglich können wir das Resultat auch nicht mehr ändern.

Wir bitten all unsere Freunde und Gönner, sich im persönlichen Gebet dafür einzusetzen, dass gelebte christliche Überzeugungen in diesem Land auch in Zukunft noch

eine verfolgungsfreie Nische finden. Beten wir für eine gesellschaftliche Umkehr, für eine Bekehrung der Schweiz, unserer lieben Heimat!

In herzlicher Verbundenheit

Käthi Kaufmann-Eggler
Präsidentin

Steuersenkungen allerorts vehement bekämpft, hat sie keinerlei Probleme, etwa bei den Kinderzulagen Giesskannenausschüttungen an Millionäre grosszügig zu unterstützen.

Zwang zur Erwerbstätigkeit

Während die Kinderbetreuung immer stärker in die Hand des Staates gelegt wird, sind immer mehr Mütter gezwungen, aus wirtschaftlichen Gründen eine Erwerbsarbeit anzunehmen. Insgesamt stieg die Frauenerwerbsquote der 15- bis 64-Jährigen in den letzten zehn Jahren auf über 80%. Konkret sind somit vier von fünf Frauen zur Erwerbstätigkeit ausser Haus genötigt. 2018 gingen rund 24% einer vollzeitlichen Arbeit nach und 35% arbeiten 60 – 80% ausser Haus. 41% hatten eine Teilzeitstelle von bis zu 40% Stellenprozenten.

Vor allem für Mütter kinderreicher Familien stellt der staatlich geförderte Zwang zur Erwerbsarbeit eine grosse Herausforderung dar. Viele zerbrechen an der Doppelbelastung von Familienbetreuung und Erwerbsarbeit. Nicht zuletzt ist dies auch immer wieder Grund für Spannungen zwischen den Eltern und kann gar zur Zerrüttung der Ehe führen.

Luxusprojekte der Linken

Statt steuerliche Erleichterungen für Familien verfolgen Linke und Liberale Luxusprojekte wie den sog. «Papi-Urlaub». Gemäss Parlamentsentscheid erhielten Väter nach Geburt des Kindes zwei Wochen bezahlte Ferien. Dies würde über die Erwerbsersatzordnung (EO) je hälftig von Arbeitnehmern und Arbeitgebern finanziert. Glücklicherweise kam Ende Januar mit gut 54'000 Unterschriften das Referendum gegen dieses Luxusprojekt zustande, dessen Kosten sich auf jährlich rund 230 Mio. Franken belaufen.

Legitimationsnotstand der Vollzeitmütter

Nebst materiellen Belastungen ist die traditionelle Familie auch ideologisch unter Druck. Hierzu trägt nicht nur die «Ehe für alle» bei. Nicht-berufstätige Mütter müssen sich auch zunehmend

rechtfertigen. Vor allem bei Akademikerinnen kommt rasch der Vorwurf, ihre Ausbildung habe viel zu viel gekostet, um «nur» als «Hausfrau und Mutter» tätig zu sein.

So wird das Dasein als «Vollzeitmutter» zunehmend schwierig. Ein Beispiel kann dies verdeutlichen: So wurden unsere Kinder in der Schule am letzten nationalen «Zukunftstag» vom 14. November 2019 dazu aufgefordert, ihre Eltern bei der «täglichen Arbeit» zu begleiten. An sich eine nette Idee. Bereits vorab erhielten die Eltern allerdings ein Merkblatt, wonach den Kindern ein «geschlechtsuntypisches Berufsbild» ermöglicht und von «stereotypen Rollenbildern» abgesehen werden sollte. Für jede «nicht berufstätige» Hausfrau ein Schlag in die Magengrube.

Druck der Ideolog*innen

Tatsächlich scheinen es die hinter dem «Zukunftstag» stehenden kantonalen «Gleichstellungsbüros» eher auf Gender-Mainstreaming abgesehen zu haben, denn auf die Vermittlung einer positiven Lebensperspektive. Dass der Beruf einer Familienmanagerin eine volle und erfüllende Herausforderung ist, geht deshalb natürlich völlig verloren.

Ins selbe Kapitel gehören auch die bündersrätlichen Pläne, in der laufenden Legislatur erstmals eine «nationale Strategie für die Gleichstellung von Frauen und Männern» vorzulegen. Hinter dem Vorhaben steckt das Eidg. «Gleichstellungsbüro». Nach dessen Zahlen leisten Frauen 29,6 Stunden pro Woche unbezahlte Haus- und Familienarbeit, während Männer 11,5 Stunden weniger leisten und stattdessen mehr für Erwerbsarbeit aufwenden. Dies soll nun durch staatliche Massnahmen korrigiert werden.

Mutter sein ist eine Herzenshaltung!

Mutter sein ist eine Herzenshaltung



Präsidentin Käthi Kaufmann-Eggler (links) zusammen mit Nationalrätin Yvette Estermann (SVP/LU), einer der Referentinnen an unserer Tagung.

und Teilzeitmütter gibt es keine. Müttern, die gegen ihren Willen zur Erwerbsarbeit genötigt werden, müssen wir deshalb ihr Schicksal erleichtern. Gleichzeitig verdienen jene Mütter, die sich ausschliesslich der Haus- und Erziehungsarbeit widmen, unseren vollen Respekt für diesen wichtigen Dienst an der Gemeinschaft!

Während für uns die Familie der natürliche Baustein von Staat und Gesellschaft ist, gibt es in der liberalen und sozialistischen Doktrin bloss das Individuum und den Staat. Über die letzten Jahre wurde deshalb viel unternommen, um die Familie zu demontieren und ein individualistisches Lebensmodell durchzudrücken. Neustes Projekt in diese Richtung ist die Individualbesteuerung.

Familie als Baustein des Staates

Das Bild der ach so lebensfrohen «Singles» und «Dinks» (Double Income – No Kids) prägte fast eine ganze Generation. Dass die Atomisierung der Gesellschaft grosse soziale Probleme bringt (beispielsweise Vereinsamung im Alter) wurde schlicht ausser Acht gelassen.

Gerade in der Kindererziehung zeigt sich der Stellenwert der intakten, traditionellen Familie. Trotz vielfacher Bedrängnis bleibt sie der Ort, wo Werte gelebt und weitergegeben werden. Gesellschaftlich hat sie nichts von ihrer Leitfunktion verloren. Die in der Familie erworbenen Sozialkompetenzen befähigen Kinder, später als Erwachsene in Gesellschaft und Staat verantwortungsvoll zu handeln. Oder wie es der Schweizer Pfarrer und Autor Jeremias Gotthelf schon vor über 150 Jahren formulierte: «Im Hause muss beginnen, was leuchten soll im Vaterland.»

Lebensfreude aus der Familie!

Alle Schwierigkeiten und Nöte können nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Familie nach wie vor eine unermesslich positive Lebenserfahrung ist. Gerade bei der jüngeren Generation setzt sich – jenseits von Lustprinzip und Konsum – ein wachsendes Bewusstsein für die erfüllenden Seiten des Familienlebens durch.

Familie ist der Ort, wo wir uns gegenseitig voll vertrauen können, einander tragen und stützen. Sie ist der Ort, wo wir freudige Erfahrungen teilen, aber auch in schweren Stunden Ermutigung finden – beim Ehepartner, den Eltern, den Kindern.

Persönliches Beispiel zählt

Allen individualistischen Tendenzen zum Trotz ist die Familie deshalb auch heute noch eine Quelle der Lebens-



Fall Läderach: Hasskampagnen gegen bekennende Christen haben Auswirkungen!

Immer wieder betreiben einzelne Journalisten ideologisch gezielte Hasskampagnen gegen bekennende Freikirchenangehörige oder traditionalistische Katholiken. Ein Beispiel bietet Michael Meier, regelmässiger Mitarbeiter als «Religionsexperte» beim Zürcher Tages Anzeiger. Sein jüngstes Opfer ist der Chocolatier Jürg Läderach.

Am 12. September 2019 veröffentlichte der Tages Anzeiger einen gross aufgemachten Hetzartikel mit Karikatur auf der Titelseite und der Überschrift: «Vom Schoggi-König zum Sittenwächter». Denunziert wurden darin Vater Jürg Läderach, der im Vorstand des Vereins Marsch fürs Läbe «aktiv» sei und «bereits seit Jahrzehnten gegen Abtreibung, Pornografie und Homosexualität» kämpfe, aber auch dessen Sohn und Firmenchef Johannes Läderach.

Subtil wies Meier in einem ganzseitigen Artikel darauf hin, dass Läderach in Zürich - wo der Marsch fürs Läbe stattfand - «besonders viele Filialen» habe und forderte damit implizit linksautonome Krawallanten «zu einem Besuch dieser Filialen» auf. Wenig überraschend kam es denn auch zu Vandalenakten gegen sieben Niederlassungen, darunter Anschläge mit Buttersäure und Farbbeuteln, aber auch Verunglimpfungen von Mitarbeiterinnen.

Andere Presseorgane nahmen die Hetzkampagne dankbar auf und schliesslich beschloss gar die Fluggesellschaft Swiss, die Zusammenarbeit mit Chocolatier Läderach nach 10 Jahren auf Mitte April aufzukündigen. Wie die Zeitschrift Beobachter am 29. Januar schrieb, habe «die Fluggesellschaft in der Kabine einen hohen Schwulenanteil. Deshalb ist für sie die Abgabe von Läderach-Schokolade offenbar nicht mehr mit der Firmenphilosophie vereinbar.»

Spätestens jetzt weiss jeder Unternehmer, jede Unternehmerin im Land: Wer kritisch zu Gender oder zur Abtreibung steht, dem droht auch ökonomisch die Bestrafung. Also lieber den Mund halten!

Dass antichristliche Hassbotschaften in den Medien salonfähig werden, muss uns grosse Sorgen machen. Und noch bedauerlicher ist es, dass sich Unternehmen wie die Fluggesellschaft Swiss an solchen Kampagnen beteiligen. Bitte denken Sie daran, wenn Sie die nächsten Ferien buchen: Es gibt keinerlei patriotische Gründe Swiss zu fliegen. Obwohl die Fluggesellschaft zwar mit Milliarden des Schweizer Steuerzahlers gerettet wurde, handelt es sich um ein deutsches Unternehmen, das Teil der Lufthansa-Gruppe ist...

freude. Wenn es uns als Familien gelingt, mit gelebtem Vorbild einen kleinen Teil dieser Lebensfreude in die Gesellschaft hinaus zu tragen, so können wir damit für die Zukunft unseres Landes viel bewirken und zum Guten verändern. Und genau dies möchten wir mit unserer Arbeit tun!
Celsa Brunner

Bitte unterschreiben Sie die beiliegende Ermutigungskarte an den sechsfachen Vater Jürg Läderach. Danken Sie ihm damit für sein mutiges Eintreten für ein christliches Welt- und Menschenbild.

Kurzmeldungen

«Ehe für alle» kommt rasch

Wie der Bundesrat am 29. Januar in seiner Stellungnahme zu einer parlamentarischen Initiative der Grünliberalen bekräftigte, will er die Umsetzung der «Ehe für alle» beschleunigen. So soll diese primär ohne Verfassungsänderung realisiert werden. Der Verzicht auf eine Verfassungsrevision beschleunigt nicht nur das Verfahren – er minimiert auch das Risiko, dass das Projekt wegen des Ständemehrs am Schluss doch noch abstürzen könnte. (sda)

Krankenkasse will für künstliche Befruchtung zahlen

Anfangs Februar erklärte die Krankenkasse Sanitas, mit ihrem neuen Produkt «Kinderwunsch» Zusatzversicherungen für künstliche Befruchtungen einzuführen. Abschliessen können die Zusatzversicherung Frauen von 18 bis 35 Jahren. Mit vollendetem 44. Altersjahr erlischt die Versicherung. Die monatlichen Prämien betragen 14 Franken (unter 25-Jährige) bis 200 Franken (über 40-Jährige). Die Versicherung übernimmt drei Viertel der Kosten für eine künstliche Befruchtung, bis max. 12'000 Franken.

Besonders problematisch ist, dass die Kasse mittels Zusatzversicherung auch 75% der Kosten für die genetische Untersuchung von Embryos übernehmen will. Damit sind wir unmittelbar an der Schwelle, wo die genetische Selektion Teil der regulären medizinischen Grundversorgung wird. (sda/JUFA)

Gebetsanliegen des Monats:

Wir beten:

- **Für eine St. Galler Familie mit sechs kleinen Kindern: Dass alles gut geht bei der bevorstehenden Rücken-Operation der Mutter.**
- **Für eine Bauernfamilie im Berner Oberland, die das fünfte Kind erwartet: Dass sich auch der Vater auf sein fünftes Kindlein freut.**
- **Für eine aus Ägypten heimgekehrte, fünfköpfige Missionarsfamilie im Kanton Aargau: Dass der Vater bald Deutsch lernt und die Mutter alle Herausforderungen meistert (v.a. Wohnungssuche).**
- **Für eine Solothurner Familie, die vor einem Jahr den Vater verloren hat: Dass die Mutter in dieser schwierigen Zeit mit ihren drei munteren Buben weiterhin so zuversichtlich unterwegs ist.**
- **Für eine Familie mit bald vier Kindern im Baselbiet: Der Vater erlitt kurz nach Neujahr einen Hirnschlag und wird nun zu Hause von seiner Frau gepflegt und bekommt viele Therapien.**

Vielleicht kann jemand helfen?

- **Gute Fee:** Mama K. (Bild rechts) aus dem Oberaargau schreibt uns: «Wir sind eine Familie mit drei Buben (10.10.15), zwei davon Zwillinge (27.4.18). Ich muss zusätzlich noch 30% (MPA) arbeiten, da wir mit dem Lohn meines Mannes (Verkauf) nur knapp durchkommen. Den Haushalt zu bewältigen ist extrem schwierig, da ich nicht mal staubsaugen kann ohne helfende Kinderhände. Wir lieben unsere Sonnenscheine über alles und möchten sie auch nicht mehr hergeben. Aber jede Unterstützung mit den Kindern wäre sehr hilfreich.»
- **Topflappen:** Familie Sch. mit vier Kindern zieht um von St.Gallen in den Kanton Appenzell IR. Die Mutter hat einen ganz besonderen Wunsch: Zur Hochzeit bekam sie einst gehäkelte Topflappen. Wer könnte der fröhlichen Mutter einen heimlichen Wunsch erfüllen und auf den bevorstehenden Umzug neue Topflappen häkeln?



Hinweise auf 031 351 90 76
oder kaufmanns@livenet.ch

In memoriam



Wir bedauern es sehr, all unseren Freunden und Gönnern mitteilen zu müssen, dass am 9. Februar 2020 Alt-Bischofsvikar und Domprobst Christoph Casetti (Chur) verstorben ist. Christoph Casetti diente in unserem Verein fast 20 Jahre als Vorstandmitglied und Kassier und begleitete unsere Arbeit in einer wichtigen Ausbauphase. Nicht nur sein tatkräftiges Wirken, auch sein Rat und sein stiller Humor werden uns sehr fehlen. Wir werden ihn deshalb auch persönlich sehr vermissen.
Käthi Kaufmann-Eggler

Impressum:

Erscheinungsweise: monatlich
Jahresabonnement: Fr. 20.–
Spendenkonto:
IBAN: CH02 0077 9014 0157 5230 1
Redaktion dieser Ausgabe:
Käthi Kaufmann, Bürglenstrasse 31,
3006 Bern, Tel. 031 351 90 76
E-Mail: kaufmanns@livenet.ch
www.jugendundfamilie.ch
Hilfesuche betreffend Familien in Not
sind zu richten an:
Mirjam von Alvensleben, Waldastrasse 2,
9500 Wil, Telefon 061 554 91 25
Adressänderungen bitte an den Verlag:
Arbeitsgruppe «Jugend und Familie»
Postfach 4053, 8021 Zürich
Druckerei: Schmid-Fehr AG, 9403 Goldach